

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Draftschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1582
Poststraße Riesa Nr. 52.

Nr. 260.

Donnerstag, 6. November 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Druckerschrift: 100 Gold-Pfennige; die 28 mm breite, 3 mm hohe Schrift: 120 Gold-Pfennige; die 36 mm breite, 3 mm hohe Schrift: 150 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuchling, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Wiederwahl Coolidges.

Die Wiederwahl des bisherigen amerikanischen Präsidenten Coolidge zeigt, daß die republikanische Partei in Amerika zur Zeit noch über den maßgebenden Einfluß verfügt und auf absehbare Zeit hinaus die amerikanische Politik vollständig beherrscht wird. Als Harding starb, taten die amerikanischen Republikaner sehr wenig daran, Coolidge zu seinem Nachfolger zu machen, denn unter ihnen befand sich kein Mann, der ebenso geeignet wäre, die Sympathien des amerikanischen Volkes zu gewinnen wie er, gegen den nicht einmal seine demokratischen Gegner ernsthafte Angriffe zu richten vermochten. Würde Präsident Harding am Leben geblieben, so würde diesmal wahrscheinlich ein Demokrat gewählt worden sein. Dieser strenge und verschlossene Mann, der überdies den Amerikanern zu sehr als Verursacher der europäischen Angelegenheiten angesehen wurde, hätte wiederholt die öffentliche Meinung gegen sich aufgebracht, und oft genug schien es, als ob die demokratische Partei, die zur Zeit des Todes Harding noch vollkommen unter der Führung des inzwischen ebenfalls verstorbenen Wilson stand, wieder die Oberhand gewinnen werde. Mit dem Regierungsantritt Coolidges änderte sich jedoch die ganze Sachlage. Während Harding sich um die Entwicklung der europäischen Angelegenheiten nicht mehr gekümmert hatte und die Vereinigten Staaten immer mehr in eine Politik der vollkommenen Isolation hineintrat, wußte Coolidge den Kontakt mit den europäischen Staaten wieder herzustellen und das Verhältnis Amerikas zu England außerordentlich zu befestigen.

Es steht außer Zweifel, daß die nunmehr erfolgte Wiederwahl Coolidges zum großen Teil auf englische und möglicherweise auch auf französische Einflüsse zurückzuführen werden muß. Die großen amerikanischen Zeitungen sind bekanntlich sehr leicht zu beeinflussen, indem sie absolut keinen Strich darin sehen, von irgend einer europäischen Großmacht der — vorausgesetzt, daß diese mit Amerika befreundet ist — gegen entsprechende Bezahlung gewisse Richtlinien entgegen zu nehmen. In diesem Falle hat auf alle Fälle England nicht damit gelpakt, die notwendigen Mittel auszugeben, um die Wiederwahl Coolidges zu sichern.

Der demokratische Gegenkandidat Davis hatte von vornherein die denkbar ungünstigsten Aussichten, weil seine Persönlichkeit selbst in der demokratischen Partei außerordentlich lebhaft umstritten war und er einem Manne wie Coolidge gegenüber absolut kein Gegengewicht zu bieten imstande war. Zweifellos haben sehr viele Demokraten für Coolidge gestimmt, weil ihnen ein kluger und ehrlicher republikanischer Politiker mehr zusagte als der bewegliche, geschäftstüchtige und zu allerlei Kompromissen hinneigende Davis, der die Weltmachtlosigkeit begangen hatte, den amerikanischen Faschisten den Ausfluß Komplimente zu machen, um deren Stimmen zu erringen.

Der Kandidat der Linken, Senator Lafolette, der als offizieller Kandidat der Deutschamerikaner und der Arbeiter aufgestellt war, hat immerhin eine sehr ansehnliche Stimmenzahl — man spricht von über sechs Millionen Wählern — auf sich vereinigt. Wenn man berücksichtigt, daß Lafolette mit einer politischen Neugründung, der progressiven Partei zum ersten Mal im Wahlkampf hervorgetreten war, so ist dieses Stimmenergebnis zweifellos ein Zeichen der unbedingten Existenzfähigkeit dieser neuen Partei, die alle unzufriedenen Kreise in Amerika vereinigt. Im Wahlkampf hat man Lafolette als einen Unstabilen bezeichnet, was er in Wirklichkeit nicht ist. Die amerikanische Linke hat wenig Einfluß auf die Politik, und ein ausgesprochener Unstabilität würde absolut keine Aussichten gegenüber den Kandidaturen der amerikanischen Dollarkönige gehabt haben. Für Lafolette traten jedoch die deutschen Amerikaner ein, die in ihm den Mann sahen, der den letzten Willen dazu hat, den Versailles Vertrag zu bekämpfen und für engere Beziehungen mit Deutschland einzutreten. Wegen seiner Freundschaft gegenüber Sowjetrußland ist Lafolette vielfach als Bolschewist verurteilt worden, ein Vorwurf der sehr ungerecht ist, da sein Eintreten für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland mit parteipolitischen bolschewistischen Zielen nicht das mindeste zu tun hat. Lafolette wird jetzt seine neue Partei auszubauen versuchen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß es ihm in den nächsten Jahren gelingen wird, einen Umwälzung in die amerikanischen politischen Verhältnisse zu bringen, die auch unter Coolidges Führung im Innern nicht sehr viel zu wünschen übrig lassen werden.

Das endgültige Wahlergebnis.

New York. (Funkpruch.) Nach den letzten Meldungen sind auf Coolidge 370, auf Davis 136 und auf Lafolette 13 Wahlmännerstimmen entfallen. Lafolette ist nur in seinem Heimatstaate Wisconsin vertreten.

Französische Pressestimmen zu Coolidges Wiederwahl.

Paris. (Funkpruch.) Zur amerikanischen Präsidentschaftswahl schreibt 'Petit Parisien', obwohl wir uns nicht in die inneren amerikanischen Angelegenheiten einzumischen noch auch Partei zwischen Republikanern und Demokraten zu ergreifen haben, können wir erklären, daß die Wiederwahl von Coolidge in Frankreich mit lebhafter Befriedigung aufgenommen werden wird. Coolidge und seinen unmittelbaren Mitarbeitern General Dawes und Staatssekretär Hughes wird die Leitung des Staatsdepartements die gleiche bleiben und wir wissen, daß diese Politik ihre Ziele und ihre Methoden nicht ändern kann. Wir wissen mit einem Wort, wofür wir mit diesen künftigen Führern des amerikanischen Volkes gehen. 'Petit Parisien' führt den neuen Erfolg der Republikaner auf zwei wesentliche Ursachen zurück, nämlich auf die Gleichgültigkeit der

Wähler und auf das Auftreten der Partei des Senators Lafolette. Der republikanische Sieg habe vor allen Dingen das persönliche Prestige von Coolidge und General Dawes vergrößert. Europa sei General Dawes durch seine Tätigkeit aus Anlaß der Reparationsfrage zu Dank verpflichtet. — Nach dem 'Figaro' bedeutet die Wahl den Sieg des schicksalhaften Systems gegenüber der Großindustrie. Die amerikanische Einmischung in andere Angelegenheiten auf ein Minimum zu beschränken, die Weltbevölkerung beizutreten und internationale Verpflichtungen zu übernehmen, schließlich auch eine letzte aber nicht brutale Forderung der Rückzahlung der von den alliierten Ländern kontrahierten Kriegsschulden mit dem Wunsch, die Schuldnerstaaten zu einer Reaktion zu führen wie England, das alles sei rein amerikanische Politik, die der neugewählte Präsident offenbar befolgen werde.

Das Schlupfthier der Militärkontrolle.

Wie wir von unrichtiger Seite erfahren, wird die abschließende Kontrolle der internationalen Generalinspektion nunmehr endgültig Anfang Dezember beendet sein. Die nationalpolitische französische Presse, insbesondere das 'Echo de Paris', veröffentlicht alarmierende Sensationsmeldungen über angebliche Unstimmigkeiten zwischen der Kontrollkommission und der deutschen Regierung, die dadurch entstanden seien, daß Deutschland die Kontrolle erschwere. Diese Meldungen, die lediglich den Zweck verfolgen, die Kontrolle noch zu verlängern, entbehren selbstverständlich jeder Grundlage. Da die regierungsfreundliche Presse in Frankreich aus den Senatsberichten der internationalen Presse keinerlei Rückschlüsse zieht, glaubt man in den Berliner Regierungskreisen annehmen zu können, daß die französische Regierung diesen Nachrichten fernsteht. Bis zum gegenwärtigen Augenblick hat jedenfalls die französische Regierung in keiner Weise irgend welche Absichten, den Abschluß der Kontrolle zu verzögern, zu erkennen gegeben.

Der Berliner Korrespondent des 'Echo de Paris' hat in seinem Blatte über die Generalinspektion eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, die von ausländischer deutscher Seite als unrichtig bezeichnet und Punkt für Punkt entschieden dementiert werden. So sind insbesondere den Mitgliedern der Kontrollkommission keine Listen über die Geschloßbestände vorgelegt worden. Auch werden in keiner Fabrik mehr in noch bei Berlin Granaten hergestellt. Obenonien sind in Spandau oder Gutzbarren Kalkmatten, die zu schleifen waren, erneuert worden. Auf dem Schießplatz Hühler bei Spandau wurden weder Maschinen- noch sonstige Waffen, sondern lediglich einige Hüllen verrosteter Stachelbrat, einige leere Patronenhüllen und unbrauchbare Revolvertrummeln gefunden, die vermutlich vor Jahren bei den Übungen in Spandau dort vergraben worden sind. Gegenüber den weiteren fälschlichen Behauptungen des 'Echo de Paris' wird von der nächsten deutschen zuständigen Stelle mitgeteilt, daß die Abstrahlung in allen wichtigen Punkten bekanntlich bereits seit dem Jahre 1922 durchgeführt ist. Einige im Vergleich zu der Gesamtstrahlung unerhebliche Einzelstörungen bilden zurecht den Gegenstand eines Schriftwechsels zwischen der deutschen Regierung und der Kontrollkommission. Im übrigen haben die englischen Offiziere, von denen einige nach Angabe des Korrespondenten erklärt haben sollen, Deutschland könne in wenigen Monaten über ein vollständig wiederhergestelltes Kriegsmaterial verfügen, im Laufe der Generalinspektion einen so eingehenden Einblick in die Lage des deutschen Heerwesens und der deutschen Rüstungsindustrie erhalten, daß sie bei ihrer technischen Schulung über das Fehlen jeder Voraussetzung für die Herstellung solcher Materials nicht im Zweifel sein können.

Wozu der Lärm?

Das 'Echo de Paris' läßt von seinem Berliner Vertreter Lärm schlagen über die Behandlung der Militärkommission in Deutschland und natürlich auch wieder über verdeckte Rüstungen. So unnötig und leicht widerlegbar das alles auch ist, so kann man doch ohne viel Mühe den Anlaß und den Zweck der Leistung feststellen. Geärgert haben sich die Herren, als sie bei ihrer feierlichen Ausgrabung auf den Schießplätzen in Spandau-Hühler, bei der die deutschen Arbeiter streikten, nur alten Stachelbrat und verrostete Patronenhüllen fanden — und daß dies von der deutschen Presse mit einigen Behagen erzählt wurde. Vielleicht hätte man auf die Empfindlichkeit unserer ungeladenen Gäste wirklich etwas mehr Rücksicht nehmen sollen. Aber sie würden dann einen anderen Anlaß zu ihrer 'Entzückung' gehabt haben. Die Hauptfrage ist ihnen doch der Zweck: die Militärkontrolle als noch nicht endgültig abgeschlossen hinzustellen und sie deshalb ad Individuum auszuhebeln. Hiergegen gilt es Protest zu erheben. Und die schöne Behauptung, daß die Deutschen die Militärkontrolle lächerlich machten, ist mit der Feststellung zu beantworten, daß das ganze System der Industriespionage, die mit der Kontrolle verbunden ist, und des Durchschneffels unserer Reichswehr und Schutzpolizei vom deutschen Volk als Demütigung und Schmach auf das Schmerzlich empfundene wird.

Ein Zwischenfall bei der Militärkontrolle?

München. Halbamtlich wird mitgeteilt: Bei einer Kontrolle der Verbände staatlicher Distriktskommissionen Münchens in der Waffenmeisterei Ingolstadt am 5. November kam es bei der Abfahrt der Kontrollkommission zu einem bedauerlichen Zwischenfall. Eine erregte Volksmenge drängte an der Donaubrücke unter drohenden Rufes an den Kraftwagen heran, ohne daß sie von der Polizei hätte behindert werden können. Nach dem vorliegenden Bericht wurden zwei der Offizierskarets verlegt. Die bayerische Staatsregierung hat die strengste Untersuchung angeordnet.

Der verantwortliche Polizeibeamte ist vorläufig vom Dienst entbunden.

Der Fall Rathusius.

In der Angelegenheit der Verhaftung des Generals v. Rathusius durch die Franzosen wird von unrichtiger Stelle nochmals festgestellt, daß die Reichsregierung bereits am Montag früh, als die ersten Pariser Pressemitteilungen über die Verhaftung bekannt wurden, sich sofort mit der deutschen Botschaft in Paris in Verbindung setzte und diese angewiesen hat, den Fall sofort in Verbindung mit der französischen Regierung aufzuklären und dabei auf die Erregung hinzuwirken, die diese Verhaftung in Deutschland auslöste. Die Botschaft ist ferner beauftragt worden, sofort einen Vertreter nach Paris zu entsenden, um dort Fühlung mit General v. Rathusius zu nehmen. Bestimmte Anträge in dieser Angelegenheit können an die französische Regierung natürlich erst nach Aufklärung aller Einzelheiten des Falles gestellt werden. Die Beurteilung des Generals v. Rathusius in seiner Kommandeurstellung durch ein französisches Gericht war keineswegs in den französischen Zeitungen nicht gemeldet worden; sonst hätte die deutsche Botschaft in Paris schon damals auf diese Beurteilung aufmerksam gemacht, damit der Beurteilte, wie es in allen solchen Fällen geschieht, vor einer Reise nach Frankreich gewarnt werden konnte. Die Franzosen suchen die Verhaftung damit zu rechtfertigen, daß die Alliierten sich in einem Schreiben des Präsidenten des Friedenskongresses an Freiherrn v. Lerchen vom 2. Februar 1920 die Rechtsverfolgung auf ihrem Territorium auch bezüglich solcher Kriegsschuldiger ausdrücklich vorbehalten hätten, die nicht in der Auslieferungsliste aufgeführt waren. In dem Fall des Generals v. Rathusius muß aber ausdrücklich hervorgehoben werden, daß der General nach Frankreich gereist ist, nachdem die französischen Behörden ihm das Visum zum Besuch des Grabes seines Verwundten ausgestellt hatten. Danach mußte der General annehmen, der Abriss von seiner Beurteilung gar keine Kenntnis erhalten hatte, daß er unangekündigt nach Frankreich reisen könnte. Von deutscher Seite muß die Forderung aufgestellt werden, daß General v. Rathusius so schnell wie möglich wieder freigelassen wird.

Eine neue Verordnung Degouttes.

Genève. Der kommandierende General Degoutte erläßt anstelle der Verfügungen 23 und 27 eine Verordnung Nummer 223 über die Unterdrückung von Gewalt- und Sabotageakten. Hierdurch macht sich strafbar, wer sich durch Gewalttätigkeiten gegenüber Personen schuldig macht, die irgendwie mit den Besatzungstruppen in Verbindung stehen, oder aber der Ausübung des Dienstes einer solchen Person Hindernisse in den Weg legt und der Schanden verurteilt, die geeignet sind, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden. Wenn eine dieser Handlungen den Tod verursacht oder ein direktes Attentat auf das Leben einer Person, die mit der Besatzungsarmee in Verbindung steht, darstellt, so tritt eine Strafe von mehr als 5 Jahren Gefängnis oder Zwangsarbeit ein. Außerdem kann auch auf Nord erkannt werden.

180 Wohnungen in Trier freigegeben.

Trier. Bis heute hat die Besatzungsbehörde etwa 180 Wohnungen ausgemieteter deutscher Obenbahrer, die bisher von Regimentsbeamten bewohnt waren, wieder freigegeben. Sie werden den zurückgekehrten deutschen Eisenbahnern zur Verfügung gestellt werden.

Um die Personalordnung der Reichsbahn-Gesellschaft.

Berlin. Laut Germania haben gestern zwischen der Direktion der Reichsbahn A.-G. und Vertretern der Beamten Verhandlungen über die Personalordnung stattgefunden, die eine Annäherung der beiden Parteien brachten. Die Besprechungen sind auf heute vormittag vertagt worden.

Deutschland das sicherste Anleiheland.

München. Die Münchner Neuesten Nachrichten berichten über eine Unterredung zwischen dem in München weilenden Bruder des Generals Dawes, Rufus Dawes und dem amerikanischen Vantachverständigen Stallford. Dawes sprach sich sehr hoffnungsvoll über die Entwicklung der Annahme des Londoner Abkommens aus. In Amerika sei durch die Währungsstabilisierung das Finanzvertrauen zu Deutschland außerordentlich gestiegen. Man halte Deutschland augenblicklich für das sicherste Land, Anleihen unterzubringen. Auch für private Zwecke werde Deutschland in Amerika Geld finden, wenn hier auch zu berücksichtigen ist, daß das amerikanische Steuersystem durch eine 4%ige Steuer solche ausländischen Anleihecreditleistungen sehr erweitert. In Amerika rechnet man bestimmt damit, daß General Dawes nach dem Wahlsiege Coolidges als Vizepräsident einen wesentlichen Einfluß auf die Außenpolitik erlangen werde.

Die gesunkene Kaufkraft des Dollar.

New York. Prof. Irwin Fisher von der Yale-Universität gibt als Ergebnis der letzten statistischen Untersuchungen bekannt, daß der Kaufwert des amerikanischen Dollar heute nur 36 Cent in Vergleich zur Vorkriegszeit ausmache. Der Weisindex im Monat Oktober stellte sich auf 151,8 Prozent gegenüber dem Vorkriegsstand.